Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haß,
S. W. Corner Third and coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen; im Kgr. Sachsen u. Hrzgth. Sachs.-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 76. Mittwoch, 7. Juli. 1875.

Der nächsten Nummer des „Volksstaat" wird eine Beilage beigegeben, enthaltend: „Antwort an den Bekenner des Theismus. Von A. Douai."

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli begann ein neues Quartal, und fordern wir deßhalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf.** pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutschen Postanstalten nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland und Luxemburg 3 Mark 50 Pf.;
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritanien, Rumänien, Portugal, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;
für Frankreich 5 Mark.
Couvertsendungen wöchentlich 3mal 10 Mark.
" " 1mal 4,80 Mark.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. (18 Ngr.) pro Quartal und 60 Pf. (6 Ngr.) pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition dieses Blattes, Zeitzerstraße 44, und bei Colporteur Müller. Für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld,** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Feldstr. 14, Hof 1 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Teubert, Bornaischestr. Nr. 19, für **Kleinzschocher** und Umgegend bei Fleischer, Schloßgasse 13 das., für **Thonberg** und **Neureudnitz** bei Zschau, für **Plagwitz** und **Lindenau** bei Schuster, Merseburgerstraße Nr. 26, für **Gohlis** 2c. bei O. Peukert, Hauptstraße Nr. 19, für **Stötteritz** bei Fr. Vogenitz, Hauptstraße Nr. 38.

Für **Berlin** wird auf den „Volksstaat" monatlich für 75 Pf. (7½ Sgr.) frei in's Haus abonnirt, bei Trautmann, Manteufelstraße 25, vorn 3 Tr.; Rubenow, Brunnenstraße Nr. 34 im Laden; J. Ehmann, Schwedenstr. 1, 2 Tr.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat."

An die Abonnenten in Sachsen.

Bei Verweigerung der Annahme des Abonnements für Juli Seitens einer Postexpedition, wollen sich die Betreffenden auf das **Circular vom 16. März 1872 Nr. IV 2463 A** berufen, wonach Monatsabonnements auf den „Volksstaat" im Königreich Sachsen und Herzogthum Sachsen-Altenburg zulässig sind.

Die Expedition des „Volksstaat".

Nationalökonomie.

X.

Die Waare „Arbeitskraft".

Aus unseren früheren Untersuchungen wissen wir, daß jedes Ding unter gewissen Bedingungen Waare werden kann. Es ist zuerst nothwendig, daß der Besitzer der Sache frei dastehe, durch kein persönliches Abhängigkeits-Verhältniß gebunden sei und also das Recht und die Fähigkeit besitzen muß, frei über die Sache zu verfügen, welche er fortgeben, vertauschen will. Die Sache selbst muß einen Gebrauchswerth haben, muß zur Befriedigung eines Bedürfnisses dienen, weil eine durchaus unbrauchbare Sache von Niemandem im Tausch angenommen wird. Endlich muß diese Sache für ihren Besitzer überflüssig, oder doch entbehrlich sein, denn was man nicht entbehren kann, kann man auch nicht fortgeben.

Für die heute auf dem Markt als Waare erscheinende Arbeitskraft treffen nun alle diese Bedingungen zu; wir müssen aber darauf hinweisen, daß es erst der ganzen, vorangegangenen geschichtlichen Entwickelung bedurft hat, um diese Bedingungen zu schaffen, unter denen allein die Arbeitskraft zur Waare werden konnte.

So lange die Sklaverei bestand, war von einem Tausch der Arbeitskraft nicht die Rede; der Mensch mit seiner Arbeitskraft wurde wie ein Stück Vieh verkauft, er ging ganz, mit Haut und Haar, mit Fleisch und Knochen in den Besitz des Käufers über; er war selbst eine Waare, ein Ding, das man seines Gebrauchswerthes wegen vertauschte; er war nur ein „beseeltes Werkzeug", wie Aristoteles treffend den Sklaven nennt. Auch bei der Leibeigenschaft und Hörigkeit konnte die Arbeitskraft noch nicht zur Waare werden; der Arbeiter, der sein Leben lang gezwungen ist, eine bestimmte Zeit im Jahre oder auch das ganze Jahr, hindurch für den Herrn zu arbeiten, hat nicht das Recht, frei über seine Arbeitskraft zu verfügen, sie gegen Lohn oder Unterhalt nach den Gesetzen des Waaren-Austausches fortzugeben, er kann nicht bei steigendem Werthe einen höheren Preis erlangen; die Leibeigenschaft und die Hörigkeit sind in dieser Hinsicht nur geringfügige Modifikationen der Sklaverei.

Erst in dem Augenblicke, in welchem der Arbeiter das Recht einer freien Person erlangt, die zu Niemandem in einem Abhängigkeits-Verhältnisse steht, ist er berechtigt, seine Arbeitskraft entweder selbst zu verbrauchen, oder sie einem Dritten gegen ein Aequivalent auf eine bestimmte Zeit zu überlassen. Ein dauerndes, lebenslängliches Ueberlassen der Arbeitskraft höbe das Recht der freien Persönlichkeit auf, machte den Arbeiter zum Hörigen; deshalb hat die Gesetzgebung aller Länder mit freien Arbeitern Kündigungstermine für jeden Arbeitskontrakt vorgesehen.

Die Arbeitskraft, durch deren Gebrauch alle Lebensmittel erzeugt werden, muß aber, um Waare zu werden, für den Besitzer überflüssig sein; er muß ihren Gebrauchwerth nicht für sich benutzen können, oder doch andere Gebrauchswerthe, die er im Tausch erhalten kann, nöthiger gebrauchen. Die Arbeitskraft — unter welchem Wort wir den Inbegriff aller leiblichen und geistigen Fähigkeiten eines Menschen verstehen, welche zur Herstellung eines Gebrauchswerthes in Bewegung gesetzt, angewandt werden — die Arbeitskraft ist aber nur dann im Stande, Gebrauchswerthe zu produziren, wenn sie einen Stoff vorfindet, an dem sie sich bethätigen kann. Der Mensch kann keinen Stoff hervorbringen, er kann nur die ihm von der Natur gebotenen Stoffe umformen, sie in eine Gestalt bringen, in der sie seinen Zwecken entsprechen. Dazu bedarf er wieder der Arbeitsmittel, der Werkzeuge; er muß auch während der Arbeitszeit, in welcher er den neuzuschaffenden Gebrauchswerth herstellt, seinen Unterhalt haben, Nahrung, Kleidung, Wohnung u. dgl. Sobald nun der Besitzer der Arbeitskraft Stoffe, Werkzeuge und Unterhalt besitzt, wird er nicht daran denken, den Gebrauchswerth seiner Arbeitskraft einem Anderen zu überlassen, da er durch jenen Besitz in den Stand gesetzt ist, selber neue Gebrauchswerthe herzustellen.

So lange der Besitzer der Arbeitskraft also auch im Besitz der Produktionsmittel ist, kann seine Arbeitskraft nicht zur Waare werden. Die Trennung der Arbeitskraft von dem Besitz der Produktionsmittel ist nun die Folge vieler allmälig entstandenen Rechtsinstitutionen, z. B.: des Privateigenthums, namentlich an Grund und Boden, aus dem ja alle Rohstoffe gewonnen werden; des Erbrechts u. dgl. Durch die Consequenzen der aus diesen Rechtsinstitutionen hervorgegangenen Verhältnisse ist der Arbeiter jetzt gezwungen, mit seinem einzigen Besitz, seiner einzigen Waare, die er in den allgemeinen Tauschverkehr zu werfen und dafür die ihm unentbehrlichen Lebensmittel einzutauschen vermag, mit seiner Arbeitskraft auf dem Markte zu erscheinen, und sie, wie jede andere Waare, feilzubieten. Kann er seine Waare nicht vertauschen, so muß er, da ihm alle anderen Existenzmittel fehlen, verhungern; der Hunger zwingt ihm also in vielen Fällen einen Tausch, einen Arbeitscontrakt auf, der in grellem Widerspruch zu seiner persönlichen Freiheit steht.

Dieser Zustand liegt nun durchaus nicht in der Natur des Menschen, denn die Natur bringt nicht auf der einen Seite Besitzer von Geld und Waare, auf der andern Seite Besitzer von Arbeitskraft hervor; dieser Zustand liegt auch nicht in den Grundgesetzen der menschlichen Gesellschaft, denn die menschliche Gesellschaft hat bestanden, ohne daß eine derartige Trennung der Arbeitskraft von den Produktionsmitteln existirte; dieser Zustand ist nur eine Stufe in der Culturentwickelung der Menschheit, über welche hinweg und durch welche hindurch der Weg zu höherer Cultur und Bildung führt.

Da nun die Waare Arbeiterkraft vertauscht werden soll, tritt uns zuerst die Frage entgegen: Wie groß ist denn ihr Tauschwerth?

Für diese Waare, wie für jede andere, gilt das von Marx aufgefundene Gesetz des Werthes. Der Werth der Arbeitskraft besteht in der zu ihrer Herstellung gesellschaftlich nothwendigen, allgemein menschlichen Arbeit, gemessen nach Zeit. Soweit die Arbeitskraft Tauschwerth ist, repräsentirt sie selbst nur eine gewisse Quantität vergegenständlichter gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit. Die Arbeitskraft ist aber kein selbstständiges, für sich allein bestehendes Wesen, sie ist eine Eigenschaft, eine Fähigkeit des lebendigen Menschen. Die Herstellung der Arbeitskraft setzt also die Existenz des Menschen voraus; ist der Mensch einmal da, so besteht die Herstellung der Arbeitskraft in der Erhaltung des arbeitsfähigen Menschen. Um den Menschen zu erhalten, ist eine gewisse Quantität von Lebensmitteln nothwendig; die Erhaltung der Arbeitskraft ist also identisch mit der Erhaltung des Menschen, sie läßt sich greifbar darstellen in einem Quantum Lebensmittel; ihr Werth ist also auch gleich dem Werth dieser Lebensmittel. Bei der Arbeit wird jedoch Muskel, Nerv und Hirn verbraucht, welches wieder ersetzt werden muß, wenn der Mensch arbeitsfähig bleiben soll; das Quantum Lebensmittel muß also so groß sein, daß hierdurch alle durch die Arbeit verausgabte Lebenskraft wieder ersetzt wird. Nun sind aber die Bedürfnisse der Menschen je nach den klimatischen, natürlichen und gesellschaftlichen Zuständen und Eigenthümlichkeiten der Länder verschieden. In heißen Ländern genügt leichte Kleidung, Wohnung und Nahrung; in kalten Ländern ist wärmere Kleidung, fettere Nahrung, Heizmaterial 2c. zur Erhaltung des Menschen und seiner normalen Arbeitskraft unbedingt nothwendig. Andererseits ist der Umfang der sogenannten nothwendigen Lebensmittel bedingt von der Culturstufe, auf der das Land und die Arbeiter stehen. Holzschuhe schützen den Fuß so gut wie Stiefel; früher war der Gebrauch der Lederstiefel noch nicht gewohnheitsmäßig bei den Arbeitern; heute ist er es, heute gehören Stiefel zu den gesellschaftlich nothwendigen Lebensmitteln. Im Gegensatz zu andern Waaren enthält also die Werthbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element; ihr Werth ist gleich dem Quantum von Lebensmitteln, welche gewohnheitsmäßig in einem Lande zur Erhaltung des Arbeiters nothwendig sind.

(Schluß folgt.)

Herr Hirsch und die deutschen Gewerkvereine.

Die in Nr. 70 von uns mitgetheilte Botschaft des Herrn Hirsch datirt vom 21. April und schließt mit den Worten: „Lassen Sie sich nicht beirren durch die Verdächtigungen Einzelner: die nächste Zukunft wird Ihnen klar zeigen, wer Ihr Vertrauen verdient und wer nicht! In Liebe zu den Arbeitern, im Glauben an die gerechte Sache mit treuem Gruß! Ihr Freund und Anwalt Dr. Max Hirsch." —

Rascher, als Herr Hirsch vielleicht geahnt hatte, „zeigte die nächste Zukunft", wie die Gewerkvereinsmitglieder ihm vertrauen. Es ist mit dem Vertrauen überhaupt eine eigene Sache. Wer Vertrauen verlangt, setzt sich zu dem Vertrauenden in gewisser Hinsicht in die Positur eines Vormundes; das Vertrauen ist ein carte blanche*), welche der Vertrauende nur zu häufig auf alle möglichen Aeußerlichkeiten hin ausstellt. Wer aber, wie Herr Hirsch, das bischen genossenen Vertrauens auf seine Autorität hin auch ferner verlangt, der ist schon auf den Punkt angelangt, wo man ihm auf Schritt und Tritt mißtrauen muß. Es darf uns daher nicht wundern, wenn dem Protest der Fabrik- und Handarbeiter — trotz der am 21. April erlassenen Botschaft — ein weiterer Protest fast auf dem Fuße folgte. Dieser Protest geht von dem Gewerkverein der Töpfer und Berufsgenossen aus und datirt vom 3. Mai. Der Protest lautet:

Protest.

Der am 3. Mai 1875 zu Berlin im Vereins-Local, Linienstraße 30 tagende Generalrath des Gewerkvereins der deutschen Töpfer und Berufsgenossen erklärt sich mit diesem Protest gegen die zu Ostern d. J. vom Verbandstage gefaßten Beschlüsse, die Verbands-Invalidenkasse betreffend, vollständig einverstanden und ersucht ihren Generalsecretär, dieses Schriftstück sämmtlichen Ortsvereinen unseres Gewerkvereins zu unterbreiten.

Motivirung des Protestes.

§ 8 des Verbandsstatuts bestimmt, daß 6 Wochen vor Zusammentritt des Verbandstages die Tagesordnung desselben festgestellt werde. Später eingehende Anträge kann der Verbandstag mit ⅔ Majorität für dringlich erklären. Diesem Statut entgegen, hat der Verbandstag über die Dringlichkeits-Anträge des Sachverständigen Herrn Dr. Zillmer gar nicht abgestimmt. Es ist nicht gut anzunehmen, daß der Verbands-Anwalt Herr Dr. Max Hirsch und Herr Dr. Zillmer erst in letzter Stunde zu der Ueberzeugung gekommen sein sollten, der Lebensfähigkeit der Kasse drohe Gefahr und bedinge dadurch die Dringlichkeit der Anträge. Vielmehr glaube ich, daß die genannten Herren diese Ueberzeugung schon längere Zeit vor Zusammentritt des Verbandstages gehabt haben würden, wenn wirklich Gefahr im Verzuge sei. Um so unbegreiflicher erscheint es in letzterem Falle, daß so hochwichtige Anträge, wie die Erhöhung der Beiträge und Erniedrigung der Pensionsgelder nicht vorher publizirt worden sind, damit sich die Verbandstagsabgeordneten darüber vollständig klar werden konnten und auch die Meinungen und Ansichten ihrer Wähler hörten. Gegen die Erhöhung der Beiträge hätte sich wohl Niemand gesträubt und sträuben können, wenn die Nothwendigkeit dazu vorgelegen hätte; dies schreibt ja auch der § 4 unseres Verbands-Invalidenkassen-Statuts vor. Die plötzliche Erhöhung der Beiträge erscheint indessen doch noch nicht als so nothwendig den durchaus nicht ungünstigen Kassenverhältnissen gegenüber. Nach Abzug der 10% Verwaltungskosten und der an die 22 Invaliden zu zahlenden Pensionsgelder, erhält die Kasse durch die Zinsen und Mitgliederbeiträge einen jährlichen Zuschuß von über 13,000 Thalern. Von diesem Ueberschuß könnten nöthigenfalls noch 147 Invaliden unterstützt werden, ohne die Fonds der Kasse anzugreifen. Bis diese Invalidenzahl erreicht ist, haben wir wohl aber wieder einen Verbandstag. Die Erhöhung der Beiträge hätte demnach wohl bis zu diesem Zeitpunkte hinausgeschoben werden können, ohne der Kasse Gefahr zu bringen. Alsdann hätte der Sachverständige Herr Dr. Zillmer nicht mit Hypothesen, also Muthmaßungen, über die zunehmende Invalidität, wie der Herr es jetzt thut, sondern mit Thatsachen auftreten können, vor denen jeder Zweifel verstummen mußte.

Es will mir ferner nicht als Recht erscheinen, in all den Tausenden von Mitgliedern der Invaliden-Kasse die Hoffnung auf eine sich steigernde Pensionsunterstützung nach längerer Beitragszeit im Fall der eintretenden Invalidität zu erregen und Jahre lang zu nähren, um diese Hoffnung jetzt urplötzlich, ohne allen Grund und Ursache, zu zerstören.

Wenn man vorgiebt, daß der jetzt aufgestellte Normalsatz von 1½ Thaler wöchentlicher Pensionsunterstützung nur vorläufig, bis sich die Kassenverhältnisse gebessert haben, bestehen soll, so ist dem zu entgegnen, daß es sich mit dergleichen Instituten wie die Verbands-Invalidenkasse genau so verhält, wie mit einem Staat. Ist die Steuerschraube erst in Bewegung gesetzt, dann ist an eine Steuerermäßigung nicht mehr zu denken; und hat man hier die Pensionsunterstützung heruntergebracht, so dürfte die Erhöhung derselben wohl in nebelgraue Ferne gerückt sein. Uebrigens ist durch diesen Beschluß die Gegenseitigkeit, die bisher das Grundprinzip unserer Organisation war, vollständig aufgehoben.

Der gefaßte Beschluß ist zugleich aber auch ein statutenwidriger, da auch nicht ein einziger Paragraph des Verbands-Invalidenkassenstatuts von einer möglicherweise eintreten könnenden Reducirung der Pensionsgelder handelt.

Weiterer Ausführungen bedarf es wohl nicht, um die vom Verbandstag in Leipzig gefaßten Beschlüsse als mit unseren Sta-

*) Eigentl.: weiße Karte, weißes Blatt — Vollmacht, die der Empfänger nach Belieben ausfüllen kann, unbeschränkte Vollmacht.

tuten unvereinbar erscheinen zu lassen und jedes Mitglied des Gewerkvereins der deutschen Töpfer und Berufsgenossen zu veranlassen, sich diesem Protest anzuschließen.

P. Raab.

„In Liebe zu den Arbeitern!" — Die Gewerkvereinsmitglieder pfeifen auf Ihre Liebe, Herr Hirsch, sie verlangen Gerechtigkeit und strenge Handhabung der Statuten. Wie es aber mit der Gerechtigkeitsliebe des Herrn Hirsch beschaffen ist, erhellt am Besten aus einem uns ebenfalls gedruckt vorliegenden Protokoll der Berliner Vorortsversammlung des Gewerkvereins der Fabrik- und Handarbeiter vom 30. Mai d. J. In dieser Versammlung wurde der Protest des Gewerkvereins der Fabrik- und Handarbeiter einstimmig gut geheißen und am Schluß der Versammlung die Frage angeregt, ob die in der Vorortsversammlung gefaßten Beschlüsse nicht dem „Gewerkverein" zur Veröffentlichung zugestellt werden sollten. Sämmtliche Redner erklärten sich dagegen, „da — wie es in dem Protokoll wörtlich heißt —, die Anwaltschaft (Dr. Hirsch) und Redaction (Polke) seit dem Verbandstage wiederholt die Aufnahme von Kundgebungen der Protesterheber zurückgewiesen, und nur alle Mittheilungen der Gegner aufgenommen hat." Namentlich machte Herr Lintz geltend, daß die Anwaltschaft sich nicht scheue, die Protesterheber für deren eigenes Geld zu verdächtigen und zu schmähen, und deshalb müsse man die Protokolle vervielfältigen und an alle Vereine senden, damit die Verbandsgenossen außerhalb Berlins wüßten, wie es in Wahrheit um die streitige Angelegenheit stehe. Dieser Antrag wurde denn auch einstimmig angenommen.

Es befindet sich ferner ein von Gustav Laskau unterzeichnetes gedrucktes Aktenstück, welches gegen Herrn Isaac, den ersten Vorsitzenden des Centralraths der deutschen Gewerkvereine Beschuldigungen schleudert, über die wir uns vor der Hand Schweigen auferlegen müssen, weil sie nur vor dem Criminalrichter Erledigung finden können. Auch soll ein gewisser Jemand, der zur Zeit des Häuserschwindels sich sehr warm für die Beschaffung billiger Arbeiterwohnungen interessirte, durch diesen selben Schwindel sich um 84,000 Thaler bereichert haben. In öffentlicher Gewerkvereinssitzung darüber zur Rede gestellt, gab dieser Jemand zu, in einem Falle 13,000 und in dem andern 18,000 Thaler durch Häuserverkäufe erworben zu haben.

Aber für heute genug von diesem Unrath! Es ist Zeit, daß die Gewerkvereinsmitglieder an die Arbeit gehen und gründlich Kehraus machen.

Politische Uebersicht.

— Die „Kreuzzeitung" fährt mit ihren Enthüllungen über Bleichröder-Bismarck fort. In einem weiteren Artikel sagt sie:

„Die beiden Dioskuren Delbrück-Camphausen arbeiteten seit ihrem Eintritt in das Ministerium vereint an der finanziell-wirthschaftlichen Wiedergeburt erst des norddeutschen Bundes und dann des neuen deutschen Reiches. Wie weit aber beide Herren die „intellektuelle Urheberschaft" dieser Wiedergeburt zu verantworten haben, das bedarf noch einer näheren Beleuchtung. Wir haben bereits bemerkt, daß Herr Camphausen diese Urheberschaft rundweg von sich abgelehnt hat. Von Herrn Delbrück deuteten wir ebenfalls an, daß er wohl kaum die intellektuelle Urheberschaft" der neudeutschen Finanz- und Wirthschaftspolitik für sich in Anspruch zu nehmen geneigt und in der Lage sein werde, wenn man von den mehr unschuldigen und minder bedeutenden Maßnahmen abstrahirt. Und so war unsere Aufmerksamkeit auf den den höchsten Regierungskreisen so nahestehenden Herrn v. Bleichröder gelenkt werden." . . . . „Es ist bekannt, daß Herr v. Bleichröder mit dem Fürsten-Reichskanzler vielfach verkehrt. Und mit wie vorsichtig-kluger Berechnung Herr v. Bleichröder jedes nicht durchaus unumgängliche persönliche Hervortreten in der Oeffentlichkeit auch vermeidet, so sind wir doch genügend darüber informirt, daß derselbe nicht nur in den persönlichen Finanzangelegenheiten des Fürsten-Reichskanzlers, sondern auch bezüglich der Reichs-Finanz- und Wirthschaftspolitik mit Erfolg seinen Rath vernehmen läßt. Daß dabei mitunter auch Umwege benutzt, absichtlich zuweilen mit der erforderlichen Auswahl dritte Personen vorgeschoben werden, thut dabei nichts zur Sache. Herr v. Bleichröder verhält sich überhaupt so vorsichtig, daß er eigentlich niemals öffentlich gesehen wird, daß nicht einmal seine Photographie in den Schaufenstern, noch sein Porträt nebst Biographie in den illustrirten Blättern erscheint. Er wünscht durchaus nur hinter der Scene als großer Regisseur zu agiren. Denn aus guten Quellen wissen wir, daß die wichtigsten finanzwirthschaftlichen Gesetze des neuen deutschen Reiches der „intellektuellen Urheberschaft" des Herrn v. Bleichröder zu verdanken sind. Um den Einfluß des Herrn v. Bleichröder auf die Herren Delbrück-Camphausen würdigen zu können, ist aber eine wichtige Thatsache nicht zu übersehen. Der Fürst-Reichskanzler hat nämlich, so weit unser Urtheil und unsere Informationen irgend reichen, den Herren Bleichröder, Delbrück, Camphausen die intellektuelle Inspiration der norddeutschen Wirthschaftsgesetzgebung so zu sagen vollständig in Entreprise gegeben. Der sonst so penetrante Verstand des Fürsten, sein praktischer Blick und seine so eminent-selbstständige Urtheilsgabe, scheinen vor den Fragen der Wirthschaftsgesetzgebung absichtlich Halt zu machen, um dieselben Männern zu überlassen, deren Standpunkt wir klarzulegen bemüht sind."

In einem späteren Artikel, welcher uns aber noch nicht vorliegt, deckt die „Kreuzzeitung" die persönlichen Beziehungen des Fürsten Bismarck zu Herrn Bleichröder auf. Den sehr pikanten Inhalt läßt nachstehende Jeremiade der „Magdeburger Zeitung" errathen. Dieses ehrenwerthe Organ des Nationalliberalismus jammert:

„Nicht blos die Minister Camphausen und Delbrück sind nach Angabe der „Kreuzzeitung" von dem Bankhause v. Bleichröder abhängig, sondern in viel höherem Grade steht unter der Botmäßigkeit des Herrn Gerson v. Bleichröder der Reichskanzler Fürst Bismarck. Das altconservative Blatt erzählt uns, Bismarck habe nur wegen seiner „intimen" Beziehungen zu Bleichröder Gesandter in Frankfurt, Petersburg und Paris sein können, denn in solcher Stellung braucht Jemand viel Geld und Bismarck sei von Hause aus nicht wohlhabend gewesen. Es wird uns die Vorstellung aufgedrängt, zufolge dieser jahrelangen Verbindungen des jetzigen Kanzlers mit dem Herrn Bleichröder habe der Banquier über den Kanzler volle Gewalt, denn wie insinuirt wird, wünschte Bleichröder Dr. Delbrück's Berufung in das Präsidium des Bundeskanzleramtes, und demzufolge bemittelte der Bundeskanzler die Ernennung. Hernach trug Herr Bleichröder Verlangen, Herrn Camphausen als Finanzminister zu wissen, also beeilte sich Bismarck, auch Camphausen mit einem Portefeuille zu bedenken. Jetzt verfügte nun der inzwischen geadelte Banquier über den Kanzler, über den ersten Beamten im Reichskanzleramte und über den Chef des preußischen Finanzressorts, kurz, Herr Gerson v. Bleichröder erlangte im Staate Allgewalt, denn die drei genannten hohen Beamten waren seine Creaturen, sie hatten nach des Banquiers Pfeife zu tanzen. Ist denn aber wohl Derartiges zu behaupten erhört? und wenn es wahr wäre, hat Deutschland seit Begründung des norddeutschen Bundes geschlafen? und ist also ganz unter der Hand aus dem deutschen Reiche ein Jobberstaat geworden, den der Berliner Börse erster Speculant, nämlich Herr v. Bleichröder, regiert? Derartig ist das Bild, das die „Kreuzzeitung" von unseren politischen und wirthschaftlichen Zuständen entwirft. Eben so kühn, wie neu erscheint die Mittheilung von zu Intimitätsbeziehungen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem genannten Banquier; es versteckt sich in ihr eine so ungeheure Portion von Bosheit, daß man unwillkürlich auf den Gedanken kommt, es solle, wie ehedem gegen Dr. Waldeck, jetzt gegen den Reichskanzler ein „Enthüllungs"-Manöver aufgeführt werden. Man muthet dem Publikum allen Ernstes zu, es solle sich in Bismarck einen Börsenspekulanten ersten Ranges vorstellen, denn des Reichskanzlers Bekanntschaft mit Bleichröder datirt der Ankläger von der Frankfurter Periode Bismarck's, also von Anfang der 50er Jahre, und seitdem hat sich die Bekanntschaft zu „Intimität" erweitert. Die fünf Milliarden erhielten, so insinuirt man weiter, Herr Bleichröder und Genossen zur ersten Benutzung und zur Ausbeutung des Staates wie des Publikums. Nun, wir werden ja sehen, wie die anderen Anklagen sich ausnehmen, die noch ausstehen, namentlich aber sind wir Alle gespannt darauf, mit was für thatsächlichen Belegen diese kolossalen Behauptungen und Anschuldigungen werden bewiesen werden."

So die Magdeburgerin. Ihre Verwunderung, wie Jemand behaupten könne, daß das „neue Reich" ein „Jobberstaat" (Gründerstaat, Schwindlerstaat) geworden, ist etwas zu naiv, und beweist, wenn unerheuchelt, daß zwar nicht Deutschland, wohl aber die Redaktion der „Magdeburger Zeitung" „seit Begründung des Norddeutschen Bundes geschlafen" hat. Was endlich den Fürsten Bismarck angeht, so läßt eine Thatsache sich durch keinen Staatsanwalt und keinen Stipendiaten des Reptilienfonds aus der Welt schaffen: Fürst Bismarck war arm als er an die Regierung kam, und ist jetzt vielfacher Millionär.

Nachschrift. Der betr. Artikel der „Kreuzzeitung" ist uns inzwischen zugegangen. Es sei, heißt's darin, „ein Grundsatz der regierenden jüdischen Bankpolitik mit den leitenden Staatsmännern möglichst viele persönliche, finanzielle Berührungspunkte zu gewinnen." — —

„So weiß man, daß die Schulden des Hrn. v. Beust seiner Zeit demselben stets in nächster Nähe Verbindung mit den hohen Finanzkreisen erhalten haben, und es ist fast selbstverständlich, daß Herr v. Beust seine Informationen über die in der Finanz- und Wirthschaftspolitik in Oesterreich innezuhaltende Richtung ganz vorzugsweise bei den ihm so nahe stehenden hochfinanziellen Kreisen geschöpft hat. Es sind sogar Mittheilungen vorhanden, welche die seiner Zeit überraschende Thatsache, daß Herr v. Beust nach dem Kriege 1866 Lenker der österreichischen Staatsgeschicke wurde, mit den Schulden des Herrn v. Beust und dem Einflusse der hochfinanziellen Kreise in Wien in Verbindung bringen wollen. Aller Welt bekannte Thatsache ist, daß mit der Aera Beust in Oesterreich gleichzeitig die großartige Aktien- und Börsenschwindel-Aera in Szene ging, welche angeblich einen „Aufschwung der Volkswirthschaft" herbeiführen sollte, dagegen in Wirklichkeit Oesterreich dem Rande des wirthschaftlichen Verderbens nahe gebracht hat, während allerdings die hochfinanziellen Gönner des Herrn v. Beust reiche Ernten gehabt haben.

„Auch mit dem Fürsten Bismarck sollen, schon ehe er Minister in Preußen wurde, hochfinanzielle Kreise in nähere Berührung getreten sein. Die intimen Beziehungen des Herrn v. Bleichröder zum Fürsten dürften, mindestens indirekt, schon an die vorministerielle Zeit des Fürsten anknüpfen, als derselbe, um mit dem spärlichen preußischen Gesandtengehalte und ohne erhebliches Vermögen seinen Souverän in Petersburg, Paris und Frankfurt repräsentiren zu können, allerdings guten Rath in finanziellen Dingen haben mußte" — u. s. w.

Wir sind begierig darauf, ob Fürst Bismarck die „Kreuzzeitung" vor die Schranken des Gerichts laden wird. Sonst ist er ja mit seinen Strafanträgen schnell bei der Hand, und so ist er noch nicht angegriffen, so noch nicht „beleidigt" worden.

— Zur Lage der Bergarbeiter. Der „Concordia" ist die Statistik der preußischen Knappschaftsvereine für das Jahr 1873 zugegangen, der sie folgende Ziffern entnimmt:

„Die Gesammtzahl der Knappschafts-Mitglieder betrug im Jahresdurchschnitt 1873 255,408, gegen 231,462 in 1872 und 208,162 in 1871; die Gesammteinnahme 3,419,595 Thlr. 13 Sgr. 11 Pf. gegen 2,805,310 Thlr. 4 Sgr. 5 Pf.; die Ausgabe 2,954,607 Thlr. 8 Sgr., gegen 2,579,313 Thlr. 17 Sgr. 11 Pf. im Vorjahre. Das schuldenfreie Vermögen der Vereine wuchs von 5,111,712 Thlrn. 7 Sgr. 4 Pf. am Anfange 1873 auf 5,702,572 Thlr. 20 Sgr. 2 Pf. — Es bestanden im Ganzen 88 Knappschaftsvereine auf 2927 Vereinswerken, worunter 2725 Bergwerke, 185 Hüttenwerke und 17 Salinen, mithin 107 Werke mehr als im Vorjahre sämmtlich in 1873 neu eröffnete.

Die Zahl der ständigen Arbeiter oder Knappschaftsgenossen betrug 1873 im Durchschnitt 128,676 gegen 117,501, die der unständigen 126,732, gegen 113,961 im Vorjahre; erstere hat sich also um 9,5 pCt., letztere um 11,2 pCt. vermehrt, während 1872 die Vermehrung der ständigen 15,4, der unständigen 7,6 pCt. betragen hatte. Wir haben schon früher bemerkt, daß sich auch hieraus ein Schluß auf die Einstellung vieler neuer Arbeiter in 1873 ziehen läßt. — Invalide wurden im Laufe von 1873 im Ganzen 2197 Genossen, worunter 2003 ständige. Durch Verunglückung bei der Arbeit starben 307 ständige und 287 unständige = 2,33 p. M.*) gegen 2,40 im Vorjahr; durch andere Todesursachen 2226 = 8,72 p. M. gegen 10,50 im Vorjahr (in welchem in einigen Bezirken Epidemien aufgetreten waren). — Der Gesammtbestand von Ganzinvaliden am Schluß von 1873 war 11,272), von Halbinvaliden 422. Das durchschnittliche Lebensalter beim Eintritt der Ganzinvalidität war 1873 49,8, gegen 49,0 im Vorjahre, also hinter dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre doch immer noch um 1 Jahr und hinter dem höchsten Alter dieser Periode (54,25 in 1865) um 4,5 Jahre zurückbleibend. Die durchschnittliche Lebensdauer in der Ganzinvalidität ist bei den Knappschaftsvereinen (seit den letzten 10 Jahren) 12,11, bei den Halbinvaliden 10,45 Jahre; es starben nämlich durchschnittlich 8,26, resp. 9,57 pCt. (in 1873 7,93, resp. 7,36 pCt.). Das durchschnittliche Lebensalter beim Eintritt in die Halbinvalidität war 1873 48,7. — Die Zahl der von den Vereinen im Laufe des Jahres unterstützten Personen belief sich zusammen auf 61,557, nämlich 12,875 Invaliden, 17,684 Wittwen und 30,998 Waisen. Außerdem wurde für 52,876 Kinder Schulgeld bezahlt. Auf 1000 active ständige Mitglieder kamen am Jahresschluß

Ganzinvalide	85,04	88,22
Halbinvalide	3,18	
Wittwen		124,48
vaterlose Waisen	186,87	208,11
mutterlose „	16,54	
		415,61.

Die Gesammtausgabe für laufende Unterstützungen betrug Thlr. 1,510,894. 15. 7. gegen 1,215,706. 29. 10. im Vorjahr; hiervon kamen durchschnittlich bei 13 größeren Vereinen

	1873	1872	1871
auf die Ganzinvaliden	65,5	59,3	54,7
„ „ Wittwen	32,1	28,7	27,7
„ „ Waisen	10,6	9,5	8,5

Im Ganzen ist jedoch der Durchschnitt, wie man aus den betreffenden Angaben entnehmen kann, ein niedrigerer, und beträgt für die Invaliden (einschließlich der Halbinvaliden, über welche Spezialangaben fehlen) 61,3, für Wittwen 23,7 und für Waisen 8,3.

Krank wurden im Laufe des Jahres 137,638 beitragende Mitglieder = 530,39 auf 1000 im Jahresmittel vorhandene. Auf einen Krankheitsfall kamen 16,85 Tage. An Krankenlöhnen wurden gezahlt Thlr. 463,050. 6. 8., für Gesundheitspflege überhaupt 1,035,383. 26. 8. Für Begräbnißkosten wurden ausgegeben 42,639. 16. 7.; für außerordentliche Unterstützungen 48,325. 10. 10. für Schulunterricht 93,154. 6. 8., für Verwaltungskosten 138,606. 6. 8. = 3,18% der Gesammtausgaben. — Auf den Kopf der im Jahresmittel vorhandenen Knappschaftsgenossen (ständige und unständige, Beurlaubte und Kranke) entfielen von den Einnahmen an laufenden Beiträgen Thlr. 6. 17. 2. gegen 5. 27. 1. im Vorjahr, und auf die Werkseigenthümer 5. 20. 6. gegen Thlr. 5. im Vorjahr; sonstige Einnahmen 1. 3. 1., also zusammen 13. 10. 9. Dagegen Ausgaben 11. 17. 1., macht auf den Kopf einen Ueberschuß von Thlr. 1. 23. 8. Das schuldenfreie Capitalvermögen betrug Thlr. 40. 18. 10. auf den Kopf der ständigen Mitglieder."

Diese Ziffern beweisen, was eine Organisation zu Wege bringen kann. Schade nur, daß die Knappschaftskassen in einer Weise verwaltet sind, welche den Segen in Fluch verwandelt. Statt freie Arbeiterkassen, sind es Almosenfonds der Arbeitgeber für gute, fügsame Arbeiter. Die Verwaltung der Knappschaftskassen befindet sich nämlich, wenn auch nicht auf dem Papier, doch in Wirklichkeit ausschließlich fast in den Händen der Bergwerksbesitzer. Man fasse diese Thatsache ins Auge und bedenke, daß durch die Knappschaftskassen für die Bergarbeiter in Krankheits-, Invaliditäts- und Sterbefällen, und nach dem Tod der Bergarbeiter für die Wittwen und Waisen gesorgt werden soll, und man stelle sich nun vor, daß ein Bergarbeiter seiner Rechte an die Kasse verlustig geht, wenn er aus der Arbeit entlassen wird — welches Abhängigkeitsverhältniß! Wie leicht kann der Bergarbeiter mit seinem Brodherrn in Conflikt kommen! Nur so lange er sich duckt, sich fügt, Faßtritte ruhig hinnimmt, ist er sicher. Es ist daher geradezu eine Lebensfrage für die Bergarbeiter, die Verwaltung der Knappschaftskassen, die direct oder indirect aus ihren Einzahlungen entstanden sind, auch in ihre Hände zu bekommen. So lange die Bergwerksbesitzer in der Verwaltung der Knappschaftskassen das erste Wort sprechen, so lange sind die Bergarbeiter auf Gnade und Ungnade denselben überliefert; und die Zähigkeit, mit welcher die Bergwerksbesitzer die Kassen in ihren Händen zu behalten trachten, mag den Bergarbeitern beweisen, wie wichtig es ist, daß sie ihnen dieselben entziehen. Es wird das zwar lange und schwere Kämpfe kosten, aber der Preis ist des Kampfes werth.

*) Pro Mille, d. h. auf's Tausend; wie p. C. pro Cent auf's Hundert.

— Ueber den Strike der Weber in Brünn läßt sich eine Bourgeoiszeitung, das „Neue Wiener Tageblatt", folgendermaßen aus:

„Schon im Jahre 1869 begannen die Weber zu striken, die Differenzen wurden jedoch gütlich beigelegt, da die Fabrikanten sich in Unterhandlungen einließen. Ein Normaltarif wurde vereinbart, aber die Einführung desselben in die Länge gezogen, bis die Maikrise von 1873 ausbrach. Die Katastrophe an der Wiener Börse wirkte auf die Brünner Webemanufaktur in verheerender Weise zurück, und eine beträchtliche Zahl der Fabrikanten suchte ein Mittel sich zu erhalten in einem Appell an die Opferwilligkeit ihrer Arbeiter. Sie verlangten, sie sollen die Wucht der Krise ihnen tragen helfen und ihnen durch Lohn-Nachlässe die verhängnißvolle Zeit überdauern helfen. Die Arbeiter gingen darauf ein, sie verzichteten zeitweilig auf die Errungenschaften des Strikes von 1869 und willigten in vorübergehende Lohnreduktionen. Es ist dies ein Zug von Opferwilligkeit und Anhänglichkeit, wie er in der Industriegeschichte kaum wiederkehrt. Die 1869 vereinbarten Tarife waren somit außer Kraft gesetzt, und die Fabrikanten zogen sie aus dem Archiv der Gewerbebehörde, wo sie sie deponirt hatten, zurück. Die Nachwehen der Krisis hielten an, und die Fabrikanten gingen in der Reduktion der Löhne weiter und weiter. Die Tarife, die einen auch sie bindenden Lohnvertrag bildeten, waren beseitigt, und sie bedurften der Zustimmung der Arbeiter weiter nicht. Alle Fabriken reduzirten, aber nicht alle in gleichem Maße. Einige Fabriken begnügten sich mit einer Reduktion um 15—20 pCt., andere aber nahmen Lohnabzüge in der Höhe von 40—70 pCt. vor. Einige beließen die Entlohnung der Zurichtarbeit, andere hatten ihre Abschaffung mit den Arbeitern vereinbart. Die Reductionen vollzogen sich successive, aber stetig, und in der dem gegenwärtigen Strike unmittelbar vorangehenden Zeit war der Durchschnittslohn der Weber in Brünn effektiv um 60 pCt. niederer als der im Jahre 1869. Dieses fortwährende willkürliche Herabdrücken der Löhne machte den Arbeitern endlich klar, daß sie gar zu naiv und vertrauensselig sich der Tarife von 1869 begeben hatten, und sie sannen auf Mittel, die begangene — Gutmüthigkeit wieder gut zu machen. Ein von ihnen zu diesem Zwecke erwähltes Comité richtete am 21. September v. J. ein Schreiben an die Handelskammer, in welchem sie die Intervention derselben erbaten, zur Herbeiführung einer neuen billigen Vereinbarung mit den Fabrikanten. Die Handelskammer lehnte diese Einmischung ab und verwies die Arbeiter an den „Verein der Schafwollindustriellen". Dieser machte Anfangs prinzipielle Einwände, erklärte die gleichmäßige Tarifirung der Löhne als mit den Brünner Platzverhältnissen und Fabriksusancen unvereinbar — Maschinerie und Garn ist in den einzelnen Fabriken verschieden — und brach die Verhandlungen schließlich ganz ab, da er in eine Erhöhung der so stark reducirten Löhne nicht zu willigen entschlossen sei. Die Arbeiter wandten sich nun an den Statthalter, der am 21. Februar d. J. eine Deputation derselben empfing. Am 16. März wurde diese Deputation zum Polizeidirektor beschieden, der ihr im Auftrage des Statthalters eröffnete, daß er von den Fabrikanten die Zusage erhielt, daß sie mit den Arbei-

tern in Verhandlung treten werden und die Vertreter derselben noch im Laufe derselben Woche (der 16. fiel auf einen Dienstag) zu einer Besprechung einladen werden. Die Woche verging, eine zweite und dritte, die Einladung kam nicht. Die Arbeiter wandten sich abermals an den Statthalter und an den Handelskammerpräsidenten, die auch die Fabrikanten an die Einhaltung ihres Versprechens mahnten. Doch diese erklärten, von keinerlei Unterhandlungen etwas wissen zu wollen. Das war das Ultimatum: nun war der Strike unvermeidlich."

Man sieht, die Fabrikanten haben es verstanden, die Noblesse der Arbeiter nach Möglichkeit auszunützen. Einen Lohnabzug nach dem andern haben sich die Arbeiter gefallen lassen, Jahre lang haben sie gedarbt, und das Alles, um den Fabrikanten „die verhängnißvolle Zeit überdauern zu helfen". Und was ist der Lohn für diesen schlecht angebrachten Opfermuth? Jetzt, wo die Arbeiter die Zeit gekommen glauben, daß ein Lohnausgleich auf dem Wege der Unterhandlung stattfinden könne, weisen ihnen die Fabrikanten zum Dank die Thür. Heißt das nicht die Niedertracht auf die Spitze getrieben? Aber nicht genug damit, treten auch die Behörden auf die Seite der Fabrikanten. Alle strikenden Arbeiter, die nicht Oesterreicher und die in Brünn nicht ortsangehörig sind, werden „abgeschoben". (Es sind darunter verheirathete Arbeiter, die bereits 10 Jahre und darüber in Brünn arbeiten.) Die ortsangehörigen Arbeiter droht man zwangsweise zur Arbeit zurückzuführen. Und, wie schon bemerkt, eine Menge Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Nun, es ist möglich, daß die schlecht organisirten Brünner Arbeiter dem vereinten Widerstande der Fabrikanten und des Staats unterliegen werden, aber das eine Gute wird eine etwaige Niederlage der Ausstehenden zur Folge haben, nämlich: daß die Arbeiter zu der Einsicht gelangen, daß jede freiwillige Nachgiebigkeit gegenüber den Fabrikanten ein Fehler ist, und daß sie von Seiten des heutigen Staates nie und nimmer auf Unterstützung rechnen können. Und diese Erkenntniß ist höher anzuschlagen als ein glücklich durchgeführter Strike.

— **Wofür der Staat Geld hat und wofür nicht.** Kürzlich fand bei Paris eine jener großen Thierquälereien, genannt Wettrennen statt. Der Staat hatte für die „noble Passion" der „noblen" Gesellschaft als ersten Preis die Summe von 100,000 Franks ausgesetzt, und der Gemeinderath von Paris die Hälfte zu dieser Summe beigesteuert. Als vor 2 Jahren in der Nationalversammlung dieselbe Summe gefordert wurde, um einer Anzahl französischer Arbeiter den Besuch der Wiener Weltausstellung zu ermöglichen, da war kein Geld zu haben, weil man die Berührung der französischen mit den deutschen Arbeitern fürchtete. Nun, die französischen Arbeiter gingen doch nach Wien und wurden von ihren deutschen Brüdern auf's herzlichste aufgenommen. Die Nutzanwendung hiervon aber ist, daß die herrschenden Klassen mitsammt ihrem Staat aufgehört haben, die Trägerinnen der Cultur zu sein; was sie Cultur nennen, daß ist nur ihre Cultur — eine Cultur, die, weil sie die Ungleichheit der Menschen will, sich blos durch den ärgsten Barbarismus halten kann.

Innere Partei-Angelegenheiten.

Zu Agenten des Vorstandes wurden ferner ernannt für:
Altenburg C. Arnold, L. Kamprad. Altona W. Rawe, H. Lensch. Bayreuth C. Wendel, A. Schweitzer. Breslau K. P. Reinders, J. Kräker. Coburg J. Heymann, J. Kästner. Danzig R. Schlömp, Schulz. Dessau F. König, F. Schumann. Dörnigheim L. Groß, E. Boos. Düsseldorf W. Wentker, F. Tutzauer. Frankfurt a. M. H. Prinz, K. Ibsen. Göttingen J. Kanth, A. Stolle. Großenhain W. Günther, F. Geyer. Höchst a. M. H. Lang, Ph. Scheerer. Hürben i. B. S. Fischer, A. Wetzel. Itzehoe E. Kreuzberg, J. Ackermann. Kappel O. Gerber, A. Hesse. Kiel-Gaarden Chr. Stark, H. Ramm, F. Muß. Meißen G. Freitag, J. Weber. Mittweida G. Gladewitz, E. Eims. Mülsen (?). Neumünster J. H. Rohweder, H. Butenschön. Nenndorf G. Otto, J. Naumann. Nowaweß E. Wille, W. Seidel. Pforzheim F. Petri, J. Killer. Ronsdorf J. Gutekunst, A. Kronenberg. Rückingen H. Bamm, Ph. Viel. Schülp P. N. Eismer, P. Wieschhorfs. Schw.-Hall R. Kröner, W. Dreher. Sonneberg N. S. Horn. Sossenheim E. Klein, Moock. Stuttgart K. Nestler, G. Jäger. Tönning J. A. Lange, Chr. Peters. Wiesbaden H. Schuster, K. Hintermeyer.

Wir bitten, bei neuen Anmeldungen die genauen Adressen beider Agenten anzugeben.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Hamburg, den 3. Juli 1875.

J. A.: J. Auer. Derossi.

Die Versendung der Protokolle des zu Gotha vom 22. bis 28. Mai stattgehabten Sozialisten-Congresses hat begonnen, und ersuchen wir die Parteigenossen derjenigen Orte, welche vielleicht bei der Zusendung übersehen worden sind, dies sofort hierher zu berichten.

Der Preis des Protokolls beträgt pro Stück 25 Pf.

Hamburg, 22. Juni 1875.

Der Vorstand
der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.
J. A.:
J. Auer, E. Derossi, große Rosenstraße 36, II.

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Nürnberg, 26. Juni. Collegen, unsere alljährliche Generalversammlung rückt heran, und wird dieselbe hoffentlich ein Wendepunkt in unserer Bewegung werden. Ein altes Sprüchwort sagt: „Noth lehrt beten", welches in verständliches Arbeiterdeutsch übersetzt lautet: „Noth vereinigt". Blicken wir zunächst auf das Ringen und Kämpfen um unsere Existenz in unserer Centralisation, und wir müssen uns sagen, daß viel Zeit und Kraft vergeudet wurde zu nutzlosem, gegenseitigem Bekämpfen. Der im Anfang so schön aufblühende Allgemeine deutsche Schneiderverein war nach kurzem Bestehen der Schauplatz der Zerrissenheit, der gegenseitigen Anfeindung. Der Zwietrachtsteufel war über Nacht gekommen und hatte aus dem begonnenen Werk ein elendes Wrack gemacht. Die Spaltung trat ein und machte beide Theile ohnmächtig. Nur wenige Mitgliedschaften blieben der Centralisation treu und mit unsäglichen Mühen und Opfern am Leben erhalten. Jahre vergingen, bis daß wir wieder eine größere Ausbreitung erlangten. Der Ruf nach Vereinigung, der überall ertönte, hallte auch in uns wieder und führte zur Einberufung eines allgemeinen deutschen Schneiderkongresses im Jahre 1872 nach Leipzig. Die Anhänger der beiden social-demokratischen Fraktionen waren erschienen; ebenso hatten sich einige Vertreter der Hirsch-Duncker'schen Ortsvereine eingefunden. Es sollte eine gemeinschaftliche Organisation geschaffen werden, unbekümmert um die politischen Ansichten der einzelnen Personen. Allein die als so dringend nothwendig erkannte Organisation kam nicht zu Stande; sie scheiderte schon bei der Gründung an Polizeischwierigkeiten. Es kann nun nicht meine Aufgabe sein, alle Einzelheiten, wie dies zugegangen ist, hier zu wiederholen; es genügt für uns das Resultat, daß wir weitere drei Jahre getrennt kämpfen mußten, daß wir durch die Zersplitterung unserer Kräfte unsern gemeinsamen Gegnern keinen wirksamen Damm in ihrer Ausbeutungswuth entgegensetzen konnten. Mit Freuden wurde daher die Vereinigung der beiden socialistischen Fraktionen begrüßt, und die Hoffnung lebte mit Macht wieder auf, daß nun endlich der Geist der Einigkeit sich auch über die Gewerkschaften ausbreiten, und diese zu gemeinsamer Organisation führen werde. Die Vereinigung der Schuhmacher ist schon erfolgt; wollen wir zurückbleiben? Nein und abermals nein! Bereits ist der Anfang in Berlin gemacht; an uns ist es, die Vereinigung zu einer allgemeinen zu machen. Zu diesem Zweck wird zu gleicher Zeit mit unserer nächstens stattfindenden Generalversammlung ein allgemeiner Schneiderkongreß einberufen, welcher das Werk der Vereinigung vollenden soll. Auf denn, Kollegen, zur Generalversammlung, auf zum Kongreß! Es ist Zeit, höchste Zeit, daß wir Mann an Mann auf dem Kampfplatz erscheinen, wenn wir nicht vollständig vernichtet werden sollen. Hat nicht schon die Krisis durch Lohnreduktion und Arbeitsmangel uns in das tiefste Elend gestürzt, so ist das famose Rezept des preußischen Ministers Camphausen vollends dazu angethan, um uns selbst unsere kleinen Portionen noch zu beschneiden. Unter solchen Umständen ist es unsere unabweisbare Pflicht, all unsere Kraft auf einen Punkt zu konzentriren, wenn wir nicht selbst an uns zu Mördern werden wollen. Fort mit Allem, was uns bisher getrennt hat, fort mit aller Kleinigkeitskrämerei und Selbstsucht! Unsere Ehre, Gesundheit, Leben, unsere Familie, Alles steht auf dem Spiele. Nur im gemeinsamen brüderlichen Zusammenwirken Aller ist die Möglichkeit gegeben, dem vollständigen Untergange zu entgehen. Es ist deshalb Pflicht aller Mitgliedschaften, aller Lokal-, Fach- und Strikevereine, Delegirte zum Kongreß zu entsenden. Aber auch Ihr, Kollegen, die Ihr bisher noch gar keiner Vereinigung angehört, die Ihr, so zu sagen, zwischen Himmel und Erde hängt, erwacht aus Eurem dumpfen Dahinbrüten, aus Eurem verderblichen Dusel, rafft Euch auf, um Theil zu nehmen an dem gemeinsamen Kampf, der ja auch für Euch geführt wird. Laßt Euch nicht durch den Kostenpunkt abschrecken, denn bei ernstlichem Wollen ist jede Schwierigkeit leicht zu überwinden, und sollte wirklich die eine oder andere Stadt nicht im Stande sein, aus eigenen Mitteln einen Delegirten entsenden zu können, nun, so ruft Versammlungen ein, verständigt Euch mit den Nachbarstädten und entsendet dann für zwei oder drei Orte einen gemeinschaftlichen Delegirten; es wird dadurch keinem Orte zu schwer fallen. Versteckt Euch nicht hinter die faule Ausrede: „Wenn die Vereinigung zu Stande kommt, wenn die Sache vorwärts geht, dann werden wir uns schon anschließen." denn das ist schlimmer, als wenn Ihr gleich direkt dagegen sein würdet. Der Mann, der eine Verbesserung seiner Lage wünscht und wünschen muß, darf nicht auf der faulen Bärenhaut liegen und warten, bis ihm von den Anderen die gebratenen Kastanien aus dem Feuer geholt werden. Er muß selbst thätig sein, selbst mitkämpfen und ringen, seine ganze Kraft mit einsetzen, dann, aber auch nur dann, ist der Sieg zu erreichen. Kollegen allerorts, laßt deshalb den Ruf nach Vereinigung und Befreiung nicht ungehört vorüberrauschen, ziehet nicht die Zipfelmütze des deutschen Michels über die Ohren, sondern tretet heraus aus Eurer Zurückhaltung, aus Eurem dumpfen todesähnlichen Zustande! Ermannt Euch zur rettenden That! Auf, zur Generalversammlung! Auf, zum Kongreß! Alle Arbeiterblätter werden um Aufnahme gebeten.

Mit Brudergruß:

Julius Baumann.

Nürnberg. Mit der nächsten General-Versammlung findet auch statutengemäß die General-Versammlung der Gewerkschafts-Krankenkasse statt, und werden wir den ersten Jahresbericht zu prüfen haben. Obwohl mir im Augenblick der Stand der Kasse und die verschiedenen Zahlen speziell nicht gegenwärtig sind, glaube ich doch die Ueberzeugung aussprechen zu können, daß meine im vorigen Jahre aufgestellte Berechnung gerechtfertigt ist. Ich habe in einem Artikel im „Volksstaat" nachgewiesen, daß bei einer Mitgliederzahl von 5—600, bei der gegenwärtigen Steuer und der Höhe des Krankengeldes, die Krankenkasse auf die Dauer nicht bestehen kann. Bei einem durchschnittlichen Krankenstand von 1—2 pCt. reicht die wöchentliche Einlage nicht hin, um die Krankengelder statutengemäß auszahlen zu können. Die Aufnahmegebühr eines Mitgliedes, sowie die Steuer im ersten Vierteljahr sollen und müssen den Reservefond bilden, können also bei der Berechnung gar nicht in Betracht gezogen werden. Um in dieser Hinsicht vollständig klar zu werden, mag folgende Zusammenstellung dienen.

Die wöchentliche Einlage beträgt pro Mitglied $1\frac{1}{2}$ Sgr. Legen wir der Berechnung eine Mitgliederzahl von 600 zu Grunde, so beträgt die wöchentliche Einnahme 30 Thaler, macht per Jahr 1560 Thaler. In allen Krankenkassen, in welchen ich Einsicht in die Geschäftsbücher habe, beziffert sich der durchschnittliche Minimal-Krankenstand auf 2 pCt. Setzen wir nun, um ja nicht zu hoch zu greifen und nach den günstigsten Verhältnissen zu rechnen, bei unserer Krankenkasse einen durchschnittlichen Krankenstand von $1\frac{1}{2}$ pCt. an, so ergiebt sich bei 600 Mitgliedern die Zahl von 9 Kranken pro Woche. Jedes Mitglied erhält 4 Thlr. Krankenunterstützung, das macht also wöchentlich 36 Thaler oder pro Jahr 1872 Thaler, mithin stellt sich dann die Rechnung wie folgt:

Einnahme:	Ausgabe:	Bleibt Defizit:
1560 Thlr.	1872 Thlr.	312 Thlr.

Die Mitgliederzahl 600 thut Nichts an der Sache. Nehmen wir die doppelte oder vierfache Mitgliederzahl an, so wird unter den gegebenen Verhältnissen das Defizit eben auf das Doppelte oder Vierfache steigen. Es bleibt uns also blos die Frage zu beantworten: „Ist der Krankenstand durchschnittlich so wie oben angenommen, oder ist er günstiger oder ungünstiger?" Wie bereits Eingangs bemerkt, liegt mir der Jahresbericht nicht vor, ich kann also das Ergebniß nicht hier anreihen. Angenommen, der Krankenstand sei günstiger und wir hätten nur $1\frac{1}{4}$ pCt. durchschnittlich Kranke, so haben wir an Einnahme: 1560 Thlr., Ausgabe: 1569 Thlr. Die Einnahme reicht also gerade knapp hin, um die Ausgabe zu decken. Wir haben aber noch einen Ausgabeposten, der, wenn auch nicht hoch, eben doch vorhanden ist, und zwar eine mäßige Entschädigung für die Verwaltung, Statuten, Mitgliedsbücher, Porto ꝛc. in Betracht zu ziehen; es müssen also diese Ausgaben vom — Reservefond gedeckt werden. Wollen wir aber sehr gesund sein und nur 1 pCt. Kranke durchschnittlich annehmen, so haben wir eine Ausgabe von 1248 Thalern, bleibt also ein Ueberschuß von 312 Thalern jährlich, wovon die übrigen Ausgaben, die ich oben erwähnt habe, noch in Abzug zu bringen sind. Ist denn aber das Verhältniß wirklich so günstig? Keineswegs! Der Jahresbericht, deß bin ich fest überzeugt, weist keinen derartigen Ueberschuß auf. — Und wenn wirklich in diesem, im ersten Jahre, der Gesundheitszustand ein so ausgezeichneter war, ist das für uns eine Garantie, daß es immer so bleiben wird? Das wird wohl Niemand zu behaupten wagen. Ich habe aber bis jetzt nur die möglichst günstigen Fälle in Betracht gezogen, wie nun, wenn ungünstigere eintreten? Es ist oben nachgewiesen, daß bei einem Krankenstand von $1\frac{1}{2}$ pCt. schon das hohe Deficit von 312 Thalern vorhanden ist; bei durchschnittlich 2 pCt. Kranken erreicht aber dasselbe die Höhe von 936 Thlrn., woraus klar hervorgeht, daß, wenn dies nur ein halbes Jahr lang der Fall ist, die Einlagen und der Reservefond mitsammt der ganzen Kasse beim Teufel sind. Man komme mir nicht mit der Phrase, daß ja der Ausschuß ermächtigt ist, im Nothfalle die Steuern sofort zu erhöhen, das hat absolut keinen Werth und würde, wenn es dazu käme, bei den Mitgliedern nur böses Blut machen. Das Kassengeschäft ꝛc. ist dadurch stets einzelnen Personen überantwortet — (Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerke ich, daß damit keineswegs dem jetzigen Ausschusse zu nahe getreten werden soll, im Gegentheil verdient derselbe unser vollstes Vertrauen und unseren Dank.) —, von deren Geschick oder Ungeschick das Wohl oder Wehe unserer Sache abhängt. Wir wollen derartige tiefeinschneidende finanzielle Maßregeln von der allein zuständigen Generalversammlung getroffen sehen, dann kann Niemanden ein Vorwurf treffen. Man hat voriges Jahr auf der Generalversammlung die Anträge der Nürnberger Mitgliedschaft (Erhöhung der Beiträge) verworfen, trotzdem daß unser Delegirter energisch dafür eingetreten ist. Von Ostern an hat bereits die hiesige Mitgliedschaft beschlossen, die voriges Jahr verworfenen Anträge abermals zu stellen, und ich erlaube mir deshalb, dieselben hier sofort folgen zu lassen:

1) Erhöhung der Beiträge von $1\frac{1}{2}$ auf 2 Sgr. pr. Woche; 2) die Aufnahmegebühren sind von 5 auf 10 Sgr. zu erhöhen, und 3) beantrage ich persönlich, von neu eintretenden Mitgliedern das erste Vierteljahr pr. Woche 3 Sgr. statt 2 Sgr. zu erheben. Nur auf dieser Grundlage ist es möglich, allen Ansprüchen gerecht zu werden und Bestand und Lebensfähigkeit der Kasse zu sichern.

Verlassen wir uns nicht auf das blinde Glück, sondern gewärtigen wir stets das Gegentheil. Unter den jetzigen Verhältnissen ist es nicht möglich, die Krankenkasse auf die Dauer lebensfähig zu erhalten. Es wäre doch mehr wie Thorheit, wollten wir, um ein Beispiel zu gebrauchen, erst dann eine Feuerwehr organisiren, wenn das Haus bereits an allen Ecken brennt. Deshalb, Collegen, prüft genau, rechnet selbst nach und es wird sich Euch die Ueberzeugung aufdrängen, daß wir keine andere Wahl haben, als die obigen drei Anträge anzunehmen, wenn wir uns nicht selbst auf das Schwerste schädigen wollen. Ich ersuche also alle Bevollmächtigten, in den Versammlungen die Anträge diskutiren und darüber Beschluß fassen zu lassen, und die betreffenden Delegirten genau zu instruiren. In Eurer Hand liegt die Entscheidung; möge sie zu unser Aller Wohle ausfallen.

Mit Brudergruß!

Julius Baumann.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg, 2. Juli. Hiermit mache ich allen Bevollmächtigten bekannt, mit der Wahl des Vorstandes vorzugehen, da dieselbe bis zum 14. Juli vollzogen werden muß.

Mit sozialdemokratischem Gruß

H. Groß.

Allgemeiner Tischler- (Schreiner) Verein.

Berlin, 1. Juli. Da an dem heutigen Tage der Strike in Osnabrück ausgebrochen ist, so fordere ich nochmals sämmtliche Tischlergesellen Deutschlands auf, nicht nach Osnabrück zu gehen, vielmehr den Zuzug von dort streng fern zu halten, damit der Versuch der dortigen Arbeitgeber, den Collegen einen so erbärmlichen Accordtarif aufdrängen zu wollen, daß dabei nicht zu leben oder zu sterben ist, an unsrer Einigkeit zu Schanden werde. Siegreich müssen unter allen Umständen die Osnabrücker Collegen aus dem Kampfe hervorgehen, weil andernfalls dasselbe Manöver auch an andern Orten versucht werden wird. Unterstützungen sind zu senden an Orthwein, bei Pille, Kamp Nr. 50, Osnabrück.

W. Schmitz, Vorsitzender.

Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar).

Plauen, den 28. Juni. Unsre Mitgliedschaft ist durch die Aussperrung in der mechanischen Weberei von Böhler und Sohn erst lebensfähig geworden und macht Dank den Maßregelungen, welche fast wöchentlich in genannter Fabrik vorgenommen werden, immer mehr Fortschritte. Die Gemaßregelten kommen in der Regel zu uns und lassen sich aufnehmen, und es vergeht keine Woche, in welcher wir nicht einige neue Mitglieder zu verzeichnen haben. Die Mitgliederzahl wächst zwar langsam aber stetig fort. Unsere Mitglieder sind bereits in mehreren Fabriken beschäftigt, wo sie zu wirken suchen, soviel es ihnen möglich ist, ohne ihre eigene Existenz zu gefährden, und ist es unser eifrigstes Bestreben, auch die übrigen Fabriken noch zu gewinnen, dann wird es hoffentlich noch besser werden. Wir haben es hier mit einem harten und steinigten Boden zu thun, aber wir gehen mit festem Muth an die Arbeit, und stoßen wir auch auf große Steine, so suchen wir sie aus dem Wege zu räumen. Nach vieler Arbeit muß das Feld doch endlich urbar und fruchtbar werden.

Unsere Zusammenkünfte sind regelmäßig jeden Freitag in Baum's Restauration, Schützenstraße, in welchem Locale auch der „Volksstaat" ausliegt. So haben wir doch endlich einen Wirth gefunden, welcher mit und für uns ist. Auch haben wir durch Ankauf einiger Brochüren, und durch Schenkung solcher von Seiten einiger Mitglieder eine kleine Bibliothek errichtet, von welcher auch Nichtmitglieder Gebrauch machen können. Wir beabsichtigen dadurch immer neuen Anhang zu gewinnen, und hat die Erfahrung schon gelehrt, daß wir in dieser Beziehung keinen Fehlgriff thaten.

Aber mit Bedauern haben wir den Zwist zwischen einigen Mitgliedschaften und der Vororts-Verwaltung vernommen, und lag der Grund unseres langen Schweigens darüber darin, daß wir uns sagten, die Vororts-Verwaltung werde und müsse doch endlich eine definitive Erklärung abgeben. Diese Erklärung kam, und hat sie Unterzeichneter, wie alles Vorhergehende den Mit-

gliedern zur Berathung vorgelegt. Es wurde nun beschlossen, folgendes zu veröffentlichen: —

„Die Mitgliedschaft Plauen erklärt, daß die Vororts-Verwaltung allen ihren Wünschen und Anforderungen sowohl in der Agitation, wie in Zusendung von Material ꝛc. jederzeit bereitwillig und rechtzeitig nachkam, und zollt derselben ihre vollste Anerkennung. Das Auftreten der Braunschweiger Genossen ist als ein ehrgeiziges zu betrachten, weil sehr deutlich zu erkennen ist, daß man den Vorort nach Braunschweig verlegt sehen möchte. Da nun die Erfahrung im Kleinen wie im Großen sehr häufig gelehrt hat, das solche Regierungen, resp. Verwaltungen, welche sich auf Posten drängten, in der Regel keine guten waren, so giebt die Mitgliedschaft Plauen deshalb den Delegirten der Generalversammlung den Rath, in der Wahl des Vororts sowie der Verwaltung vorsichtig zu sein." —

Wir waren anfänglich Angesichts des bevorstehenden Gewerkschafts-Congresses gegen Abhaltung einer Generalversammlung, da jedoch die Gewerkschafts-Conferenz zu Gotha beschloß, daß jede Gewerkschaft vor dem Congreß eine Generalversammlung abhalten solle, so fügen wir uns diesem Beschluß und werden uns zwar auf der Generalversammlung vertreten lassen, können aber nur den Congreß durch einen eignen Delegirten beschicken, da unsere Mittel noch zu schwach sind.

Mit brüderlichen Gruß

J. A.: Heinrich Schenk, Vertrauensmann.

Berlin. Abrechnung der freiwilligen Unterstützungsgelder für mich, resp. meine Familie während meiner 16monatlichen Gefängnißhaft.

Im Ganzen sind eingegangen 785 Thlr. 15 Gr.

Davon sind gezahlt von den Berliner Tischlern 602 Thlr. 11 Gr., Ueberschuß von 2 Frühconcerten 129 Thlr. 9 Gr., von den Collegen in Hamburg erhalten 11 Thlr. 24 Gr., von den Collegen in Altona erhalten 5 Thlr. 1 Gr., von den Collegen in Flensburg erhalten 10 Thlr. 15 Gr., von den Collegen in Stettin erhalten 6 Thlr. 15 Gr., von den Collegen in Bremen erhalten 15 Thlr., von den Collegen in Rostock erhalten 5 Thlr., Summa 785 Thlr. 15 Gr.

Davon sind als Fond zurückgelassen 17 Thlr., Herrn Schwekendiek überwiesen 30 Thlr., und mir, resp. meiner Familie zur Unterstützung 738 Thlr. 15 Gr. gezahlt worden, wofür ich allen hiesigen, sowie auswärtigen Collegen hiermit meinen herzlichen Dank aussprechen.

Berlin, den 22. Juni 1875. W. Schmitz,
Vors. des Allg. Tischler- (Schreiner)- Vereins.

Berlin. Gleichheit vor dem Gesetz. Parteigenosse Heinsch hat an Hrn. Tessendorf folgendes Schreiben gerichtet: „Berlin, den 17. Juni 1875. Ende vorigen Jahres habe ich der Staatsanwaltschaft beim hiesigen kgl. Stadtgericht eine Denunciation wegen Verletzung des Vereinsgesetzes gegen den Landwirthschaftlichen Congreß eingereicht, diese Denunciation auch in dem, von den Staatsanwälten gern und genau gelesenen „Volksstaat" abdrucken lassen.

„Bis jetzt habe ich nun nicht erfahren, daß eine Untersuchung gegen die reichen und vornehmen Herren eingeleitet ist, während man mir, dem Arbeiter, wegen desselben Vergehens so schleunig den Prozeß gemacht hat, daß derselbe bereits in 2. Instanz erledigt ist.

„Da ich Willens bin, die Probe, ob bei uns die reichen Leute mit anderem Maße gemessen werden als die Arbeiter, noch vor den nächsten Wahlen durch alle Instanzen zu treiben, bitte ich um gefälligen schleunigen Bescheid über den Verbleib der qu. Denunciation. Mit bekannter Hochachtung. An die Staatsanwaltschaft beim kgl. Stadtgericht, zu Händen des Hrn. Tessendorff hier."

Königsberg i. Pr., 30. Juni. Am letzten Sonntage, den 27. ds. fand hier ein Arbeiter-Sommerfest statt, das einige Mitglieder des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins in der sog. „Neuen Bleiche" arrangirt hatten. — Nachdem Maschinenbauer Schwarz die Feier durch einen Prolog eröffnet hatte, hielt der Vorsteher des genannten Vereins eine kurze Festrede, in welcher er, den Begriff der Freude populär definirend, auseinandersetzte, wie die Basis jeder berechtigten Freude die Arbeit sei, die überhaupt Allem, was auf materiellem und geistigem Gebiete existire, erst Werth verleihe. Der eigentliche Repräsentant der Arbeit sei aber gegenwärtig der Handarbeiter und Proletarier zugleich. — Ein Hoch auf den Königsberger Arbeiterstand schloß die Ansprache. — Gesang, musikalische Aufführungen, declamatorische Vorträge, Tanz und verschiedene Belustigungen, wie Stangenklettern, eine Verloosung für die anwesenden Kinder und Anderes vereinigten dann die Festtheilnehmer bis zu später Abendstunde.

Cöln, 6. Juni. Heute fand hierselbst unter dem Vorsitze Schumacher's eine von circa 800 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Bahlteich über den Reichstag und die gegenwärtige wirthschaftliche und politische Lage Deutschlands referirte. Redner führte aus, der Reichstag, das Produkt des allgemeinen Stimmrechts, habe, das Volk in seinen Erwartungen getäuscht, man habe aber wohl nicht mehr erwarten können, da das allgemeine Stimmrecht von der regierenden Macht unter Bedingungen gegeben worden, die dessen Ausübung der Majorität des Volks unmöglich machte. Darauf zerlegte Redner den Reichtag in die verschiedenen Fraktionen und kennzeichnete jede in scharfer Weise; in Bezug auf die Arbeiterpartei sei zu bemerken, daß sie nur sehr wenige Vertreter habe, die noch dazu wenig zum Worte gelassen würden. Die politische Bedeutung des Reichstags spiegele sich in den Worten: „Macht geht vor Recht" trefflich wieder. Der Bundesrath und die Minister thun was sie wollen; mit Hülfe der Regierungspartei machen sie die übrigen Vertreter des Reichstags machtlos und mundtodt. Der Reichstag solle doch ein Gegengewicht gegen die Regierung sein, und passen demnach Beamte, Adelige und sonstige Werkzeuge der Regierung in den Reichstag wie der Bock in den Garten, sie können nicht für das Interesse des Volkes eintreten, weil sie sonst das ihrige schädigen. Die Leute dieser Sorte haben aber im Reichstag die große Majorität. Eine Hauptforderung der Regierung sei immer die Vermehrung des Militärs und der Steuern gewesen; es sei eine traurige Wahrheit, daß das Militär (junge kräftige Männer) von alten schwachen Männern, Frauen und sogar Kindern erhalten werden muß. Das Contraktbruchgesetz sei ein Ausnahmegesetz, in allen andern Civilangelegenheiten würde nach dem Civilstrafgesetzbuch gerichtet, hier aber, wo es gelte den Arbeiter niederzudrücken, solle der Staatsanwalt die Untersuchung einleiten, und einen Criminalprozeß machen. Im sogenannten „Culturkampfe" nehme die Sozialdemokratie weder für die eine, noch für die andere Seite Partei, sie sei hier wie überall gegen alle Ausnahmegesetze.

Die politische Lage Deutschlands spiegele sich in den Worten Moltke's wieder: „Wir haben an Achtung nach Außen gewonnen, allein Liebe uns nirgends erworben. Was wir in einem halben Jahr mit den Waffen erobert, müssen wir 50 Jahre lang mit den Waffen schützen." Die Milliarden haben uns keinen Segen gebracht, sondern nur Schwindel, man erwartete einen guten Geschäftsgang, aber nur Geschäftslosigkeit trat ein. Die Weisheit der Minister gipfele darin, das Sparen und Lohnreduciren zu predigen, nun so möchten sie bei sich selbst anfangen, da lasse sich schon sparen, und Lohn, resp. Gehalt reduciren. Nachdem der Vorsitzende und andere Parteigenossen die Parteiblätter sowie die sozialistischen Schriften empfohlen und zum Anschluß an die Partei aufgefordert, wurde die Versammlung geschlossen.

J. A.: C. F. Rieke.

Kettinghusen, 29. Juni. (An die Leser der Parteiblätter.) Da sich jetzt schon die neue Partei constituirt hat, ist es auch unsre höchste Pflicht, mit aller Energie für das Wachsen derselben einzutreten. Jedoch ist hier und in der Umgegend eine Lässigkeit eingetreten, wie sie wahrlich in einer bedeutungsvollen Zeit, wie der jetzigen, nicht am Platze ist. Parteigenossen! Sollen wir vielleicht vor den andern holstein'schen Arbeitern beschämt dastehn? Sollen wir, da in ganz Deutschland mit frischem Muthe an der Verbreitung unserer großen Idee gearbeitet wird, müßig zusehen? Dies wäre eine Schande für jeden Arbeiter, der seine Lage nur einigermaßen erkannt hat. Darum, Parteigenossen, tretet immer wieder von Neuem ein für die Menschenrechte! Mag man uns dieselben auch noch so streitig machen, endlich muß der Sieg doch unser werden! Hauptsächlich wenden wir uns noch an die Leser des „Volksstaat", da sich dieselben stets von unsern Zusammenkünften ferngehalten haben. Ist die Vereinigung in ganz Deutschland anerkannt, so hoffen wir aber auch, daß die hiesigen Sozialisten keine Ausnahme machen werden. Es paßt sich nicht für einen rechten Sozialisten, die Oeffentlichkeit zu meiden, und deshalb fordern wir alle Diejenigen, welche sich als solche bekennen, auf, Sonntag, den 4. Juli, in der um halb 8 Uhr stattfindenden Arbeiter-Versammlung, bei Gastwirth Harder zu erscheinen und der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands beizutreten.

Mit sozialdemokratischem Gruß Strüwen. Klett.*)

Coburg, d. d. 26. Juni. Zur Enquete. Bekanntlich haben sich die Coburger Baugewerksmeister dem Bunde der deutschen Baugewerksmeister angeschlossen. Die besagten Herren Meister hatten natürlich nichts Eiligeres zu thun, als in allen Theilen den Verordnungen oder den Statuten des Meisterbundes nachzukommen. So haben sie unter Anderem hier in allen Werkstätten, Bauplätzen u. s. w. Arbeiterverordnungen angebracht, mit so verschiedenen Paragraphen, die die Absicht dieser Herrn so recht an den Tag legen, woraus ganz glatt und kahl zu ersehen ist, daß man den Arbeiter noch unter den Hund zu bringen sucht. Da ist z. B. der Arbeiter verpflichtet, Ueberstunden zu arbeiten, so lange es dem Herrn Meister beliebt; er ist verpflichtet, auf Verlangen auch Sonntags zu arbeiten; er ist verpflichtet, in eine zahlungsfähige (?) Unterstützungs- oder Krankenkasse zu steuern, aber nicht außer Landes, und natürlich nur in eine solche, die von den Herrn Baugewerksmeistern gutgeheißen wird u. s. w. Den ganzen Kladderadatsch hier wiederzugeben, wäre Thorheit, und ich will deshalb auf den eigentlichen Grund meiner Berichtigung ohne Weiteres übergehen. Besagte Arbeiterverordnung sollte nun doch auch erst dem wohllöblichen Stadtmagistrate zur Genehmigung unterbreitet werden; letzterer hatte aber, bevor er die Genehmigung ertheilte, vorgezogen, erst einige Arbeiter darüber zu vernehmen, welche ihr Gutachten darüber abzugeben hatten.

Aber welche sind da wohl am besten darüber zu vernehmen? — Nun, dafür haben die Meisterbündler schon gesorgt, sie wußten auch die richtigen — zu treffen, — die die Vormundschaft einiger hundert Arbeiter zu übernehmen sich berufen fühlten. Von 2 bis 3 Werkstätten wurde je ein sogenannter Polir (!) auf das Rathhaus beordert, die zu Allem Ja und Amen sagten, und man konnte da auch wieder mit Recht sagen: — der Herr wird seine Diener loben! — Die wohl geschulten Herren Polire gaben natürlich ihre Zustimmung zu dieser famosen Arbeiterverordnung. Und warum nicht? — Ihr Gang ist Ihnen sicher gedankt worden, und so lange Sie die sogenannten Pr. . . . sind, geht Sie ja auch diese Arbeiterordnung nichts an. — Ich erlaube mir nun aber die Frage: Warum wurden keine Arbeiter (Nichtpolire) in einer größeren Anzahl vernommen, anstatt dieser Polire? Hat man vielleicht befürchtet, die Arbeiter wären womöglich gescheidter oder klüger wie diese Polire? Es mag sein, wie es will, so viel steht fest, Arbeiter hätten diese famose Dressurkarte nicht anerkannt, sie wäre verworfen worden. Wundern aber muß ich mich, daß diese Polire den Schein nicht wenigstens besser zu wahren suchten, und durch ihre Dienstwilligkeit sich ebenso wie den Arbeitern und ihren Familien den Strick um den Hals legen. Die Augen werden ihnen auch noch geöffnet werden, sie haben sich selbst eine Falle gestellt, wohl bekomm's ihnen!

Joh. Kappler.

An die Parteigenossen.

Den Parteigenossen, welche gesonnen sind, einen Lokalverein zu gründen, diene zur Nachricht, daß der Unterzeichnete eine große Anzahl Vereins-Statuten, welche den gesetzlichen Vorschriften entsprechend abgefaßt sind, auf Lager hält und derselbe gern bereit ist, auf Verlangen Probeexemplare zuzusenden. Der Preis beträgt pro 100 Stück 1,50 Rm.

Außerdem verfügt derselbe über eine große Anzahl Vereins-Geschäftsbücher. Dieselben sind solid gebunden und den Vereinen bestens zu empfehlen.

Die Buchführung ist praktisch und für die Revision leicht übersichtlich eingerichtet.

Der Preis der Vereins-Geschäftsbücher ist folgender:

Kassen-Kladde	120	Blätter	enthaltend,	1,20 Rm.
Desgl.	80	„	„	80 „
Mitglieder-Beitragsliste	80	„	„	80 „
Desgl.	40	„	„	50 „
Kassen-Conto	80	„	„	80 „
Desgl.	40	„	„	50 „

Jeder Verein, welcher noch keine geordnete Buchführung besitzt, muß sich bestreben, je ein Exemplar der drei vorgenannten Bücher anzuschaffen.

Für Vereine, welche unter fünfzig Mitglieder zählen, genügt die kleinere Ausgabe, welche zusammen 1,80 Rm. kostet, größeren Vereinen ist die andere Ausgabe zu empfehlen, deren Gesammtpreis (3 Bücher) 2,80 Rm. beträgt.

Das Geld ist bei Bestellung mit einzusenden. Die Zusendung erfolgt unfrankirt, falls nicht 50 Pf. Rm. für Porto der Bestellung beigefügt sind.

Hamburg, den 26. Juni 1875.

Mit sozialdemokratischem Gruß

C. H. Koikamp, Kornträgergang 54 und 55.

*) Dieser Aufruf ist uns leider für die Sonntagsnummer zu spät zugegangen, wir bringen ihn aber, obgleich die betr. Versammlung schon vorüber, trotzdem zum Abdruck, da der größte Theil des Inhalts keineswegs veraltet ist. R. d. V.

Briefkasten

der Redaktion. Vertrauensmann in Langensalza: Ihr Bericht würde uns unzweifelhaft eine Anklage, an denen wir überdies keinen Mangel haben, zuziehen! auch haben Sie für gut befunden, uns Ihren Namen zu verschweigen. Marken lagen nicht bei. — Wirths Berlin: Zu spät für diese Nr. — Schr. in Langenbrück: ad rem heißt, zur Sache; durch ein Versehen scheint die Uebersetzung vergessen worden zu sein; der „Sozialdemokrat" wurde 1874 im „Volksstaat" als Arbeiterblatt empfohlen, weil wir damals noch keinen Grund hatten, ihn nicht für ein wirkliches Arbeiterblatt, d. h. für ein die Interessen der Arbeiterpartei förderndes Blatt zu halten. Seitdem ist das aber anders geworden, der „Sozialdemokrat" hat die Maske fallen gelassen und verfolgt, zum Glück mit mehr Eifer als Geschick, das einzige Ziel: Die deutschen Arbeiter von Neuem zu vermeinigen — zu wessen Nutzen, das brauchen wir Ihnen nicht zu sagen.

Quittung.

der Expedition. Bmann Ludwigshafen: Wenn Gewünschtes aufzutreiben, werden wir Ihnen solches zusenden.

der Expedition. Von Lngfld Cöln Ab. 3,20. Stgr New-York Ab. 1.80. Arb.-Bild.-Ver. Gloggnitz Ab. 7,20. E Brmnn Frankfurt Schr. 2,00. Tz. Eggenbrgr Graz Ab. 3,60. Wld Bonn Ab. 2,50. Mlr hier Ab. 24,00. Lgnk Essen Schr. 3,00. Mutsl hier Ab. 1,25. Krs München Ab. 104,57. Th Bu Wien Ab. 6,00. Esnhr Mannheim Schr. 2,90. Thmr hier Ab. 2,50. Lsnzl Wien Ab. 10,44. Stfnots Neusatz Ab. 1,83. Dhr Zwickau Ab. 9,00. Thrt Connewitz Ab. 6,00. Schr. 1,45. Hpfr Schmnn u. Wbr hier Ab. 3,30. Gb Hamburg Schr. 0,55. Bgntz Stötteritz Ab. 45,85. Arb.-Bild.-Ver. Hüttenberg Ab. 1,80. Hfmnn Jägerndorf Ab. 1,80. G Mnnr Pforzheim Ab. 6,00. Schrmm Langebrück Schr. 1,60. B Rw Altona Ab. 4.17. L Mhlhrn Crimitzschau Schr. 107,60. Brbm Gotha Schr. 18,00. Gth Meiningen Schr. 13,80. Stl Altona Ab. 56,25. Ctfstll Zug. Schr. 5,23. Fr Lndr Graz Ab. 5,49. Schmdt Römerstadt Ab. 6,23.

Fond für Gemaßregelte.

Von Dr. T. hier, 1,50.

Für die Hinterbliebenen York's

Liste 1 durch Schps Leipzig 35,25.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilscheine bez. Antheilquittungen erhielten ferner: in Leipzig R. S. 6,00.

Altona Social-demokratischer Arbeiterverein.
Mittwoch, den 7. Juli, Abends halb 9 Uhr in Heinsohns Salon:

Versammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Vorstandswahl und Verschiedenes. Nur Mitglieder und Solche, die es werden wollen, haben Zutritt.

A. Forschner. [70]

Cöln Sonntag, den 11. Juli, halb 11 Uhr Morgens, im Schloß Bensberg:

Arbeiterversammlung.

Vortrag des Herrn Rittinghausen. [40]

Cöln Jeden Donnerstag, Abends halb 9 Uhr finden bis auf Weiteres regelmäßig:

Arbeiterversammlungen

im Schloß Bensberg, Heumarkt Nr. 68 statt und ladet zu recht zahlreichem Besuch die Parteigenossen und Abonnenten ein

Johann Moskopp,
Agent der social. Arbeiterpartei Deutschlands. [70]

Hamburg Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Mittwoch, den 7. Juli:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1) Abrechnung. 2) Wahl eines neuen Bevollmächtigten. 3) Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung in Leipzig. 4) Die Vereinigung der Deutschen Tischler, und das Protocoll des Tischler-(Schreiner)-Vereins. A. Mertens. [70]

Hamburg Donnerstag, den 8. Juli, Abends halb 9 Uhr:
Große

öffentliche Cigarrenarbeiter-Versammlung

in Stadli's (früher Tütges) Salon, Valentinskamp 41.

T.-O: Was vermögen die Gewerkvereine gegenüber dem ehernen ökonomischen Lohngesetz? Referent Herr F. W. Fritzsche aus Berlin. 2) Interpellation. 3) Der Copenhagener Strike. J. Betters.

Zu dieser Versammlung ist besonders Herr H. Heinemann eingeladen. (26) [90]

Hamburg Donnerstag, den 8. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Orpheum, Neustädter-Neustraße:

Große öffentliche Schneiderversammlung.

T.-O.: 1) Berathung der Statuten-Vorlage. 2) Vortrag von Herrn Matthäi. J. J. Voß. [50]

Leipzig Social-demokratischer Arbeiterverein.
Donnerstag, den 8. Juli, Abends halb 9 Uhr:

Generalversammlung im Bellevue, Kreuzstr.

T.-O.: Cassen-Abrechnung. — Neuwahl des Vorstandes. — Anträge der Mitglieder. Der Vorstand. [50]

Leipzig Krankenkasse der Holzarbeiter Gewerkschaft.
Sonnabend, den 10. Juli findet die vierteljährliche

Generalversammlung,

Windmühlenstr. Nr. 7 statt.

T.-O.: Rechenschaftsbericht der Kassirer. Bericht der Revisoren. Anträge auf Statutenänderung. Die Mitglieder werden auf § 26 der Statuten aufmerksam gemacht. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Quittungsbuches. Der Ausschuß. J. A.: H. Schiffel. [80]

Mittwoch Abend:

Ausschuß- und Empfangs-Comitee-Sitzung.

D. O. [40]

An die Parteigenossen im 19. sächsischen Wahlbezirk.

Sonnabend referire ich in Schneeberg über den Reichstag. Bitte die Versammlung anzumelden. Sonntag bin ich in Lößnitz, auf dem Arbeiterfest, wo ich Parteigenossen aus dem ganzen Bezirk zu treffen hoffe.

Mit sozial-demokr. Gruß W. Liebknecht.

Im Separatabzug erscheint:

Eine Erinnerung an Georg Herwegh.

Preis pro Exemplar 10 Pf.

Um die Höhe der Auflage bemessen zu können, wollen die Bestellungen schleunigst gemacht werden.

Leipzig, 5. Juli 1875. Die Expedition des „Volksstaat."

Allen meinen Freunden, besonders denen in Berlin, Gruß und Handschlag zuvor, dann theile ich hierdurch mit, daß von jetzt ab meine Adresse ist:

A. Euß, Genf, Pre-l' Evêque 35, bei Joh. Ph. Becker. [100]

An unsere Filialexpedition in Amerika.

Seit 1. Juli ist der Portotarif für Kreuzbandsendungen um die Hälfte herabgesetzt. Da hierdurch das Abonnement sich wesentlich billiger stellt, so erwarten wir, daß für Zunahme des Leserkreises des „Volksstaat" tüchtig agitirt wird, und sehen zahlreichen Nachbestellungen entgegen.

Die Expedition des „Volksstaat."

Verantwortlicher Redakteur: H. Rindt.
Redaktion Hohestr. 4, Expedition Zeitzerstr. 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.